



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Michael Busch, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Stefan Schuster, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann** und Fraktion (SPD)

Transformationsbündnis der Automobil- und Zulieferindustrie in Bayern einsetzen – Konzepte für sozial ausgewogene Gestaltung des Strukturwandels umgehend umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- ein Transformationsbündnis einzurichten, in das Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft eingebunden werden, um an einer sozial ausgewogenen Gestaltung der Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie aktiv mitzuwirken. Hierzu soll das Zukunftsforum Automobil Bayern weiterentwickelt und bestehende regionale Transformationsinitiativen mit dem Ziel ausgeweitet und vernetzt werden, im Freistaat gute Industriearbeitsplätze für die Zukunft zu sichern,
- einen Innovationsfonds für die Branche einzurichten, um Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Zulieferunternehmen, die sich an der regionalen Transformationsstrategie orientieren und sich zum Arbeitsplatzertand in der Region bekennen, bei den notwendigen Zukunftsinvestitionen und Innovationen zu unterstützen,
- sich auf Bundesebene beim federführenden Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für die umgehende Konkretisierung und Umsetzung der im Konjunkturpaket verankerten Zukunftsinvestitionen der Industrie einzusetzen.

Begründung:

Mit Schaeffler, Continental und MAN haben allein im September 2020 drei große Unternehmen der Automobilindustrie den Abbau von über 26 000 Arbeitsplätzen deutschlandweit angekündigt. Ein großer Teil dieser Arbeitsplätze soll nach Osteuropa verlagert werden, wo billigere Löhne und EU-Subventionen die Gewinnmarge erhöhen sollen. An den Standorten in Bayern stehen dabei wohl mehr als 6 000 Stellen auf dem Spiel.

Der Strukturwandel und die zu beobachtenden Umbrüche in der Automobil- und Zulieferindustrie dürfen sich nicht zu Lasten der Beschäftigten auswirken. Im Gegenteil bedarf es einer raschen Umsetzung bestehender und einer umsichtigen Koordination entstehender Konzepte für die Zukunft der Arbeitswelt in den betroffenen Branchen. Im Gegensatz zu Stellenabbau, Aufkündigung von Beschäftigungssicherungsvereinbarungen und Lohnkürzungen müssen Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen intensiv und auf Augenhöhe in einen Dialog zwischen Politik, Unternehmen und Wissenschaft miteinbezogen werden, um an der Gestaltung guter und sicherer Arbeitsplätze

am Industriestandort Bayern in stärkerem Maße mitwirken zu können. Mit der Ausweitung des Zukunftsforums Automobil Bayern zu einem echten Transformationsbündnis und einer entsprechenden Vernetzung von bereits aktiven regionalen Transformationsinitiativen kann so ein Forum für den nötigen Austausch geschaffen werden. Gleichzeitig benötigt die Branche gerade vor dem Hintergrund der Coronakrise finanzielle Unterstützung bei der Gestaltung des Strukturwandels. Hierfür müssen die bereits im Konjunkturpaket verankerten Hilfen für Zukunftsinvestitionen für die Fahrzeug- und Zulieferindustrie umgehend umgesetzt und durch einen bayerischen Innovationsfonds ergänzt werden. Dabei sollte die staatliche Förderung bei Qualifizierung, Entwicklung der Zukunftstrends wie E-Mobilität und Digitalisierung etc. an die konkrete Bedingung des Arbeitsplatzerhalts gekoppelt werden.